

Andreas Umland

Berlin, Kiew, Moskau und die Röhre

Die deutsche Ostpolitik im Spannungsfeld der russisch-ukrainischen Beziehungen

Während sich die Russische Föderation relativ hoher Aufmerksamkeit in der deutschen Öffentlichkeit erfreut, ist der zweitgrößte Nachfolgestaat der UdSSR, die Ukraine, nur selten Objekt adäquater Medienberichterstattung und tiefgehender öffentlicher Diskussionen. Dieses Ungleichgewicht ist der Hintergrund für einige bedenkliche Entwicklungen in der deutschen Ostpolitik. Insbesondere das deutsche Engagement für die Gazprom-Unterwasserpipelines Nord und South Stream ist von unzureichender Berücksichtigung des Spannungspotentials dieser Projekte für die russisch-ukrainischen Beziehungen gekennzeichnet. Der niedrige Stellenwert der Ukraine im deutschen öffentlichen Diskurs steht im Widerspruch zur erheblichen geo- und sicherheitspolitischen Bedeutung des Landes. Die Europäische Union hat es versäumt, nach der Orange Revolution von 2004 ihr wichtigstes Instrument, die Mitgliedschaftsperspektive, zur Europäisierung der Ukraine einzusetzen. Eine Neuorientierung der europäischen und deutschen Ostpolitik ist überfällig.

“Wird die geplante Schwarzmeerpipeline das Gas von der Ukraine umleiten? ...Ist das nur Gazprom oder sind da noch andere Spieler?”¹

*Günther Oettinger, EU-Kommissar für Energiefragen,
auf dem Brüsseler South Stream Event vom 25. Mai 2011*

"Die Krim, Kleinrussland, Belarus, die Kosakensteppen Kasachstans, Transnistrien und das Baltikum - das ist Stammterritorium der russischen Nation [rodovaja territorija russkoj nacii]."²

Dmitrij Rogosin, Stellvertretender Premierminister der Russischen Föderation

Andreas Umland (1967), Dr. phil., Ph. D., DAAD-Lektor an der Kiewer Mohyla-Akademie, Herausgeber der Buchreihe „Soviet and Post-Soviet Politics and Society“ (www.ibidem-verlag.de/spps.html) und Mitglied des Valdai International Discussion Club Moskau sowie des Zentralinstituts für Mittel- und Osteuropastudien Eichstätt.

Jenny Alwart (Leipzig), Bohdan Androschuk (Berlin), Jonas Grätz (Zürich), Annette Julius (Bonn), Irene Hahn (Berlin), Michael Hehn (Heidelberg), Miriam Kosmehl (Kiew), Stefan Meister (Berlin), Andreas Metz (Berlin), Roman Nitsovich (Kiew), Heiko Pleines (Bremen), Johannes Posth (Kiew), Eberhard Schneider (Siegen), Hans-Henning Schröder (Berlin), Ulrich Speck (Heidelberg), Andreas Stein (Kiew), Susan Stewart (Berlin), Dietmar Stüdemann (Berlin), Uwe Umlauff (Kiew), Thomas Vogel (Brüssel), Hans-Georg Wieck (Berlin) und Christian Wipperfürth (Berlin) machten kritische Anmerkungen und wertvolle Ergänzungen zu einer früheren Version des Textes, wofür ich ihnen herzlich danke. Ganz besonderer Dank gilt Wilfried Jilge (Leipzig) für dessen besonders ausführliche Kommentare und nützliche Vorschläge zum Ursprungstext. Für verbleibende Fehler und Fehlinterpretationen bin ich allein verantwortlich.

¹ Speech of Commissioner Oettinger at the South Stream event. Brussels, 25 May 2011. http://eeas.europa.eu/delegations/russia/documents/news/20110525_en.pdf.

² D.A. Rogosin: Osnovy nacional'noj propagandy. Glava iz knigi "Vrag naroda" (Čast' 2). Moskau, 2006. <http://rys-arhipelag.ucoz.ru/publ/9-1-0-498>. Rogosin verwendet den ambivalenten Terminus

Während die Aufmerksamkeit der deutschen Politik und Öffentlichkeit für die Russische Föderation konstant hoch ist, war die Beschäftigung der einflußreichen Massenmedien und ausschlaggebenden Entscheidungsträger der Bundesrepublik mit den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken stets deutlich geringer. Deren Präsenz ist meist an politische, kulturelle oder auch sportliche Großereignisse, wie die Fußball-Europameisterschaft 2012, gebunden bzw. mit bestimmten skandalösen Entwicklungen verknüpft, wie etwa der Festsetzung von Oppositionspolitikern in Belarus und der Ukraine. Allenfalls innerhalb der relevanten deutschen Facheliten hat sich in den vergangenen Jahren das Interesse an den Ländern der EU-Ostpartnerschaft leicht erhöht; dies äußert sich etwa in der jüngsten Zunahme von Podiumsdiskussionen und Konferenzen zur Ukraine und zum Südkaukasus in Berlin. Für den Diskurs der breiten Öffentlichkeit ist jedoch weitgehende Ignoranz, ja manchmal Gleichgültigkeit gegenüber den osteuropäischen sowie kaukasischen früheren Sowjetrepubliken weiterhin typisch. Dies ist in bezug auf einige dieser Länder insofern problematisch, als diese einst zu den Hauptopfern deutscher Kriegsführung und Besatzungspolitik zählten sowie sogar mehr hierunter zu leiden hatten, als etwa die heutige Russische Föderation, die größtenteils unbesetzt blieb. Dieses Manko gilt in erster Linie für Belarus und die Ukraine, welche in den vergangenen zwei Jahrzehnten als ostslawische Staaten mit besonderem Interesse für Moskau häufig im Windschatten deutscher Russlandpolitik standen.

Unsere fortgesetzte politische und mediale Nichtbeachtung insbesondere der Ukraine ist in den letzten Jahren nicht nur erinnerungs-, sondern auch sicherheitspolitisch fragwürdig geworden. Dies hat mit der ebenfalls wenig reflektierten zunehmenden Beteiligung deutscher Unternehmen und öffentlicher Figuren an der Geoökonomie Osteuropas – insbesondere an russischen Pipelinevorhaben – zu tun. Diese Projekte erscheinen oberflächlich betrachtet als westeuropäisch-russische Unternehmungen. Ihre geopolitischen Rückwirkungen sind jedoch eng mit der künftigen Integrität und Souveränität einiger nicht-russischer ehemaliger Sowjetrepubliken – allen voran der Ukraine – verbunden. Während für die deutsche Öffentlichkeit dieser Nexus im Hintergrund bleibt, stellt sich für Ukrainer der enge Zusammenhang zwischen den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen einerseits und der Zukunft des ukrainischen Staates andererseits als offensichtlicher Fakt dar.

Das Gschmäcke der deutschen Russlandpolitik

Die an der geoökonomischen Kooperation mit dem Kreml beteiligten deutschen Politiker und Manager würden sich zwar dagegen verwahren, mit russischen neoimperialen Schemata in Verbindung gebracht zu werden. Wer immer mit der Funktionsweise der Innen- und Außenpolitik der gegenwärtigen Kremelführung vertraut ist, weiß jedoch, dass die Aktivitäten staatlicher russischer Großkonzerne nicht nur ökonomischen Richtlinien folgen. Dies gilt vor allem für den größten derartigen Akteur, den Gazprom-Konzern, welcher in diverse geopolitisch als auch geoökonomisch bedeutsame Projekte inner- und außerhalb Russland involviert ist.

"Malorossija" (Kleinrussland), der sowohl zur Bezeichnung eines Teils der Ukraine, z.B. ihrer linksufrigen Territorien, verwendet wird, als auch die Gesamtheit der Ukraine meinen kann.

Hierbei – wie nicht zuletzt der gegenwärtige Streit um den Gaspreis für die Ukraine illustriert – stehen Profitstreben und geopolitisches Kalkül nicht notwendigerweise im Widerspruch zueinander.

Jeder mit dem russischen außenpolitischen Denken vertraute wird ebenfalls bestätigen, dass eine, wenn nicht die Priorität Russlands im sog. „Nahen Ausland“ die Ukraine ist. Der Wegfall Kiews als Wiege aller drei ostslawischer Titularnationen – der sog. „Groß-“, „Klein-“ und „Weißrussen“ – erzeugt bis heute Phantomschmerzen in der russischen Volksseele. Ein besonderes russisches Ärgernis am Zerfall der Sowjetunion ist, dass die von ethnischen Russen dominierte sowie nationalmythologisch, militärstrategisch sowie touristisch bedeutsame Schwarzmeerhalbinsel Krim durch einen historischen Zufall an die Ukraine und nicht an Russland fiel. Ein außenpolitisches Hauptziel des Kremls ist heute eine möglichst enge neue Anbindung der Ukraine an die Russische Föderation und im Idealfall die Schaffung einer neuen Union der drei ostslawischen (mit einigen weiteren ehemaligen sowjetischen) Republiken – unter, versteht sich, Moskauer Führung.

Freilich ist etwa Jacopo Maria Pepe bei seiner Kritik des amerikanischen neokonservativen Diktums, dass „Russlandexporte [von Energie nach Europa] eine existentielle Bedrohung“ seien, zuzustimmen.³ Dieser Ansatz ist schon deswegen irreführend, weil die Abhängigkeit Russlands und Europas eine gegenseitige ist. Nicht nur ist Europa von russischen Energielieferungen abhängig. Russland braucht den europäischen Absatzmarkt für Öl sowie Gas und insbesondere die zahlungskräftigen Westeuropäer zur Auffüllung seines Staatsbudgets. Viele Beobachter internationaler Politik – ob in West oder Ost – würden jedoch zustimmen, dass die Stabilität des Verhältnisses zwischen Moskau und Kiew sowie eine elementare ukrainische Balance russischer Macht fundamental für die Sicherheitsstruktur Europas nach Ende des Kalten Krieges ist.

In diesem Kontext führt die Kombination des erheblichen – wenn auch weitgehend rohstoffbasierten – wirtschaftlichen Potentials Russlands mit den privatwirtschaftlichen Interessen bestimmter deutscher Politiker und Unternehmer zu einer ungesunden Gemengelage. Der Kreml nutzt geschickt deutsche Unwissenheit, Unbekümmertheit oder Selbsttäuschung betreffs der Motive und des geostrategischen Kontexts russischer Außenwirtschaftspolitik in Osteuropa. Die Ostseegaspipeline Nord Stream ist als längste Unterwassergasleitung der Welt und eines der größten Infrastrukturprojekte der Geschichte Europas bislang das prominenteste Beispiel: Sie transportiert auf dem Meeresgrund direkt nach Deutschland russisches Gas, welches ansonsten größtenteils durch die Ukraine fließen würde. Diese Umleitung an der Ukraine vorbei ist auch primärer Sinn und Zweck der kostspieligen Pipeline.⁴ Dabei kommt Russland gelegen, dass in der Sowjetunion zunächst die ukrainischen Gasfelder (mit Ausnahme der Schiefergasvorkommen) ausgefördert wurden, während ein erheblicher Teil der konventionellen sibirischen Lagerstätten lange unberührt blieb.

Womöglich wird auch das, aufgrund der größeren Tiefe des Schwarzen Meeres, noch teurere russische Parallelprojekt South Stream verwirklicht werden. Die Schaffung einer zweiten Unterwasserleitung auf dem Schwarzmeergund hätte nachhaltige Folgen für die russisch-

³ Jacopo Maria Pepe: Die Gasversorgung Europas. Das Dreieck EU – Russland – Ukraine zwischen Geopolitik, Geoökonomie und Securitization. Horizonte 21. Potsdam: Universitätsverlag Potsdam, 2010. S. 14.

⁴ Stratfor: Russia's Nord Stream pipeline weakens Ukraine's position, in: Kyiv Post, 8.9.2011.

ukrainischen Beziehungen. In Kombination mit Nord Stream und Beltransgaz, die bereits vollständig von Gazprom kontrollierte belarussische Gasleitung, würde South Stream den größten strategischen Aktivposten der Ukraine, ihr Pipelinenetzwerk, in – so Gazpromchef Alexej Miller – „Schrott“ verwandeln. Der Züricher Energie- und Osteuropaexperte Jonas Grätz stellt fest: "Das South Stream-Projekt ist unter anderem darauf ausgerichtet, die ukrainische Verhandlungsmacht als Transitstaat zu unterminieren [...]."⁵ Grätz beobachtet auch, dass "das Nord Stream-Projekt die Position der Ukraine als dominanter Transitstaat für die Beförderung russischen Gases nach Europa erodiert, was sowohl die Verhandlungsposition von Gazprom als auch die Möglichkeiten einer Verwendung von Gas als politisches Instrument erhöht."⁶ Ein anderer westlicher Beobachter meint gar: „Beide Pipelines [Nord und South Stream] würden nach ihrem Bau de facto die gesamte Gasmenge durch die Ukraine nach Europa liefern, wodurch das Problem des ukrainischen Netzes geökonomisch fast komplett gelöst wäre.“⁷ Dies hätte eine stärkere Kräfteverschiebung in Osteuropa zur Folge, als sie ohnehin durch die schrittweise Inbetriebnahme der Nord Stream-Stränge 2011-2012 geschehen ist. Eine solch tiefgreifende Veränderung der Machtkonstellationen in Osteuropa birgt Risiken für die transeuropäische Sicherheitsarchitektur. Diese, so darf nicht vergessen werden, wurde seit Ende des Kalten Krieges immer wieder von militärischen Konflikten im postkommunistischen Raum, etwa im ehemaligen Jugoslawien, Moldowa sowie dem Nord- und Südkaukasus, erschüttert.

Verschiedene deutsche Firmen und öffentliche Figuren haben sich auf eine unverhältnismäßig enge Kooperation mit staatlichen oder regierungsnahen russischen Akteuren eingelassen. So wundert die prominente Rolle ehemaliger SPD-Politiker im Gazprom-Firmenimperium: Exbundeskanzler Gerhard Schröder ist seit 2005 Vorsitzender des Aufsichtsrates der Betreibergesellschaft von Nord Stream, während der ehemalige Hamburger Bürgermeister Henning Voscherau seit April 2012 die gleiche Funktion in der South Stream Transport AG ausübt. Es verblüfft, wie ungeniert sich hohe Vertreter der deutschen Sozialdemokratie für einen Staatskonzern von Putins autoritärem Regime sowie dessen dubiose geökonomische Projekte einsetzen.⁸ Die ukrainische nationaldemokratische Opposition verbindet diese Erscheinung zudem mit der merkwürdigen Kooperationsbeziehung, welche die sozialdemokratische Fraktion des Europäischen Parlaments mit Janukowytschs Partei der Regionen unterhält. Bezeichnenderweise sind die, neben den europäischen Sozialdemokraten, sonstigen internationale Partner der ukrainischen Regionenpartei Putins „Einiges Russland“ sowie die Kommunistische Partei Chinas.⁹

In Deutschland ist die Anrühigkeit des politökonomischen Sonderverhältnisses eines Teils der deutschen Elite zu Russland zwar prinzipiell anerkannt und gelegentliches Thema bissiger journalistischer Kommentare. Eben weil man um die politische und ethische Ambivalenz dieser

⁵ Jonas Grätz: Russia's Pipeline Overstretch. Market Monopolization at the Expense of Reliability, in: Russian Analytical Digest, Nr. 113, 15.5.2012. S. 9-12, hier S. 11.

⁶ Ebd., S. 10.

⁷ Pepe: Die Gasversorgung Europas. S. 110.

⁸ Zu ähnlichen, wenn auch weniger ausgeprägten Tendenzen in christdemokratischen Kreisen bei Markus Wehner: So schön kann Russland sein. Adel, Gasprom, der Bundespräsident und die CDU. Die „neue Generation“ fliegt zum Netzwerken nach Moskau, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.5.2011.

⁹ Taras Kuzio: Strange Bedfellows. EU Socialists and Yanukovych, in: EUobserver, 29.10.2010. <http://euobserver.com/7/31158>; Andreas Umland: Is Europe Losing Ukraine? EU representatives have failed to stand up against the recent decline of Ukrainian democracy, in: Foreign Policy Journal, 12.4.2010. <http://www.foreignpolicyjournal.com/2010/04/12/is-europe-losing-ukraine/0/>.

Beziehung offenbar weiß, finden Diskussionen um ihre etwaigen Kollateralschäden, geostrategischen Implikationen und langfristige Folgen – so sie überhaupt aufkommen – meist hinter vorgehaltener Hand statt. In der Ukraine sowie ukrainischen Diaspora ist die deutsch-russische politische Freundschaft und wachsende wirtschaftliche Verflechtung in den letzten Monaten ein medialer Dauerbrenner geworden. Grund dafür ist die ukrainische Perzeption, dass Deutschland osteuropäische Energiepolitik auf Kosten ukrainischer Souveränität betreibt.¹⁰ Diese Schuldzuweisung ist zwar als solche irreführend. Einige schrille ukrainische Pressetöne und provokante politische Stellungnahmen („Viertes Reich“, „Drang nach Osten“ etc.) sind geradezu primitiv.¹¹ Darüber hinaus wird neuerdings das deutsche Schreckgespenst von regierungsnahen ukrainischen „Polittechnologern“ zur innenpolitischen Stimmungsmache genutzt, wenn etwa Angel Merkel der schwarze Peter für die stockende europäische Integration der Ukraine unter Präsident Janukowytsch zugespield wird.

Zum einen muss jedoch in Rechnung gestellt werden, dass der ukrainische Staat noch jung und daher objektiv fragil ist. Was auch immer den Anschein einer Gefahr für die gerade erst errungene Unabhängigkeit erweckt, wird von der nervösen ukrainischen Intelligenzija mit Argusaugen beobachtet. Die sichtliche Ungehaltenheit und gelegentlichen Übertreibungen in ukrainischen Bewertungen deutscher Russlandpolitik sind von Misstrauen weniger gegenüber Berlin, als den Absichten des Kremls bezüglich der Ukraine geprägt. Die Regel in der postsowjetischen Ukraine war bislang – das sollte nicht vergessen werden – weitgehende Germanophilie, welche erst jüngst im Zusammenhang mit den als gefährlich angesehenen Deutschland-Russland-Beziehungen in teilweise Germanophobie umschlägt. Zum anderen ist die ökonomische – und womöglich auch ökologische – Rechtfertigung für die aufwändigen Unterwassergasleitungen angesichts der hohen, wenn auch renovierungsbedürftigen Transportkapazitäten der Ukraine löchrig. Die Gesamtkosten für Nord und South Stream könnten bis zu EUR40 Mrd. ausmachen.¹² Es gäbe alternative Strategien zur Sicherung der europäischen Gasversorgung, die günstiger wären, als die kostspieligen Offshore-Pipelines. Grätz verwies jüngst darauf, dass mit der vollen Inbetriebnahme von Nord Stream Ende 2012 die russischen Gastransportkapazitäten Richtung EU bereits bei ca. 250 Mrd. Kubikmetern liegen werden, obwohl die tatsächlichen Gasexporte beispielsweise für das Jahr 2011 lediglich 112 Mrd. Kubikmeter betragen.¹³

Die Umleitungen werden manchmal damit begründet, dass Russland der für den Westen historisch präferierte Partner in Energiefragen sei. Moskau habe selbst während des Kalten Krieges und trotz wiederholter politischer Eskalation nie die Energieversorgung für Westeuropa in Frage stellte. Unklar bleibt dabei allerdings, warum die frühere Lieferzuverlässigkeit der UdSSR heute lediglich Russland gutgerechnet, aber nicht auf die ebenfalls zur damaligen Sowjetunion gehörenden Ukraine und Belarus bezogen wird. Selbst die zynische Gegenüberstellung der ukrainischen pluralistischen Instabilität einerseits und der russischen autoritären Stabilität andererseits hat seit den Moskauer Dezemberprotesten von 2011 an Überzeugungskraft verloren. Dass die Russische Föderation in den vergangenen 20 Jahren

¹⁰ Taras Kuzio: Germany against Kyiv's Westward push, in: Kyiv Post, 3.4.2008.

¹¹ Siehe z.B. die deutschen Übersetzungen der skurrilen Artikel des Kiewer Polittechnologen Kost Bondarenko sowie einige damit verbundene Diskussionsbeiträge in den „Ukraine-Nachrichten“ (www.ukraine-nachrichten.de).

¹² Grätz: Russia's Pipeline Overstretch. S. 9.

¹³ Ebd.

sowohl im In- als auch Ausland in diverse kriegerische Aktionen verwickelt war, während die unabhängige Ukraine sich – trotz aller Handgreiflichkeiten im Parlament – seit 1991 erstaunlich friedvoll entwickelte, wird in solchen Argumentationen ohnedies meist unterschlagen.

Darüber hinaus ist das Verhalten Russlands in der europäischen Energiepolitik wenig vertrauenserweckend. So stieg der Kreml 2009 aus der – von der Ukraine bereits ratifizierten – Europäischen Energiecharta wieder aus. Die Betreibergesellschaften sowohl von Nord als auch South Stream sind, obwohl vor allem mit der Gasversorgung von EU-Mitgliedsstaaten betraut, in dem unter Beobachtern postsowjetischer Oligarchen gut bekannten Schweizer Kanton Zug registriert. Während der Kältewelle vom Februar 2012 zeigte sich die „selektive Verlässlichkeit“ von Gazprom als Energielieferant, der den gestiegenen Bedarf an Gas sowohl inner- als auch außerhalb Russlands nicht befriedigen konnte und seine Vertragserfüllung von politischen Präferenzen des Kremls abhängig machte.¹⁴

Die Ukraine und russischen Pipelineprojekte

Häufig werden die Gasstreits zwischen der Ukraine und Russland der letzten Jahre sowie ihre Auswirkungen auf die EU und das Risiko weiterer derartiger Auseinandersetzungen als Argument für die Umgehungsleitungen in der Ostsee und im Schwarzen Meer ins Feld geführt. Auch ist unbestritten, dass die heutigen Energieprobleme der Ukraine zu einem erheblichen Maße hausgemacht sind und viel mit grassierender Korruption sowie mangelndem Reformwillen in Kiew zu tun haben. Die ukrainische Führung allein ist dafür verantwortlich, dass der sich verschlechternde Zustand des ukrainischen Pipelinetzes das westliche Interesse an den russischen Pipelineprojekten steigen lässt.

Zum einen ist jedoch die Frage nach dem Maß an ukrainischer versus russischer Verantwortung für die Lieferstopps Anfang 2006 und 2009 bislang ungeklärt. Unter Druck aus etlichen europäischen Hauptstädten schloss die damalige Premierministerin der Ukraine, Julia Tymoschenko, im Januar 2009 einen Gasvertrag mit dem russischen Premierminister Wladimir Putin ab.¹⁵ Dass die ukrainische Führung damals offenbar keine Möglichkeit hatte, einen für die Ukraine akzeptablen Deal auszuhandeln, indiziert z.B. die dubiose „Take-or-pay“-Bedingung des ursprünglichen Vertrages, welche den Käufer mit hohen Strafen belegen, wenn er die vertraglich festgelegte Liefermenge nicht abnimmt. Immerhin wurde diese Klausel im November 2009 aus dem Abkommen gestrichen.¹⁶

Der Gasvertrag von 2009 führt heute zu einem höheren Gaspreis für die Ukraine als für das reiche Deutschland. Und dies obwohl die Ukraine durch das Charkiwer Abkommen von 2010 ein \$100/1000m³-Discount im Austausch für eine Verlängerung des Mietvertrages für den 18.240 Hektar umfassenden Stützpunkt der russische Schwarzmeerflotte in und um Sewastopol bis 2042 bzw. 2047 erhält. Der trotz des Abschlages auch weiterhin stolze ukrainische Preis für russisches Gas droht den ohnehin fragilen Staatshaushalt der Ukraine zu strangulieren. Dieser

¹⁴ Jonas Grätz: Gazprom. Selective reliability as a power instrument, in: New Eastern Europe, 2.3.2012. <http://www.neweasterneurope.eu/node/225>.

¹⁵ Genaugenommen wurde der Vertrag freilich von den Staatskonzernen Gazprom und Naftohaz geschlossen. Er wurde jedoch von den beiden Regierungschefs ausgehandelt.

¹⁶ Pepe: Die Gasversorgung Europas. S. 106.

Umstand und die Unnachgiebigkeit der russischen Seite bei den Verhandlungen um eine Neufestlegung des ukrainischen Gaspreises lassen Moskau heute als klaren Gewinner des – wie auch immer entstandenen – Gasstreits von Anfang 2009 erscheinen. Bezeichnend ist, dass Moskau über Jahre lautstark beklagte, die Ukraine bezöge russisches Gas zu Preisen unter Weltmarktniveau, nun jedoch mit Hilfe des Knebelvertrages von 2009 nicht von einem ukrainischen Gaspreis abgehen mag, der deutlich über demjenigen seiner finanzstärkeren westeuropäischen Partner liegt.

Zum anderen verbinden sich mit den Unterwasserleitungen nicht nur fragwürdige politische Praktiken des Kremls, sondern auch Folgekosten und neue Risiken für Europa. Die mit Baukosten von mindestens USD18 Mrd. veranschlagte South Stream-Pipeline etwa könnte ebenso oder noch mehr von politischer Instabilität in der Schwarzmeerregion bedroht werden, als es der ukrainische Landweg für russisches bzw. zentralasiatisches Gas derzeit ist. Bereits Nord Stream wird nicht nur die Transportinfrastruktur der Ukraine, sondern auch diejenige der Slowakei und Tschechischen Republik sowie Österreichs ungenutzt lassen sowie Investitionen zur Umleitung von Gas von Westen nach Osten nötig machen.¹⁷

Unklar ist auch, welche künftige Rolle die großen ukrainischen Gasspeicher spielen werden, deren Nützlichkeit sich in klimatischen Extremsituationen gezeigt hat. Sollten diese Speicher aufgrund von Umleitungen des bislang die Ukraine durchquerenden Gases in Zukunft leer bleiben, könnte sich die EU ins eigene Fleisch schneiden. Grätz verweist darauf, dass bei der Gesamteinschätzung des Ostseeprojektes "zusätzliche Kosten für den Bau von neuen Lagerkapazitäten einberechnet werden müssen, da die Ukraine über hohe Lagerkapazitäten verfügt, die substituiert werden müssten in dem Fall, dass Nord Stream den ukrainischen Korridor ersetzen soll."¹⁸

Wie auch immer man die Sinnhaftigkeit und Zuverlässigkeit der neuen Unterwassergasröhren für den Westen einschätzt: Je weniger Russland ukrainische Pipelines für seine Gasexporte in die EU benötigt, desto schwächer wird die gegenseitige Angewiesenheit der beiden Länder aufeinander. Selbst wenn - wonach es derzeit nicht aussieht - die Ukraine demnächst forciert seine Schiefergasvorkommen erschließen sollte, wird für Kiew russisches Gas bis auf weiteres alternativlos bleiben. Sollten die russischen Off-shore-Gasleitungsprojekte vollständig umgesetzt werden, würde sich dagegen Moskau schrittweise von seiner lähmenden Abhängigkeit vom ukrainischen Transportsystem befreien. Bislang drohte jeder Spannungszuwachs in den Beziehungen Russlands zur Ukraine und Belarus damit, die umfangreichen Energietransfers von Sibirien und Zentralasien nach Mittel- bzw. Westeuropa und damit auch die Integrität des russischen Staatshaushaltes sowie Reputation des Kremls als Energielieferant in Mitleidenschaft zu ziehen. Wäre Russland in der Lage, den Großteil seiner westlichen Lieferverpflichtungen auch ohne die beiden „Brudervölker“ zu erfüllen, gäbe es solche Schranken nicht mehr. Dies könnte den Kreml im schlimmsten Fall dazu veranlassen, künftig im ostslawischen Raum ähnlich unbekümmert um die Souveränität seiner Nachbarländer aufzutreten, wie er dies derzeit in Transnistrien, Abchasien oder Südossetien tut.

Deutschland leistete in den vergangenen Jahren bei dieser geökonomischen Rochade Schützenhilfe für den Kreml – oder so sieht es zumindest die Kiewer Elite. Hinzu kommt, dass

¹⁷ Grätz: Russia's Pipeline Overstretch. S. 10.

¹⁸ Ebd.

die Haltung Angela Merkels auf dem Bukarester NATO-Gipfel vom Frühjahr 2008 womöglich entscheidend dafür war, dass die Ukraine und Georgien damals nicht in den sog. Membership Action Plan der NATO aufgenommen wurden. In seiner Gesamtheit erweckt dieses und ähnliches Verhalten Berlins bei ukrainischen Kommentatoren Erinnerungen an frühere antiukrainische oder als solche empfundene Aktionen Deutschlands während und im Umfeld der beiden Weltkriege. Bleibt zu erwähnen, dass deutsche Zusammenarbeit mit russischen Staatskonzernen nicht nur von ukrainischen Patrioten, sondern auch von russischen Nationaldemokraten, wie Alexej Nawalny, harsch kritisiert wird. Dies hat weniger mit der außen-, als mit der innenpolitischen Dimension solcher Kooperation zu tun, welche – so Nawalny – den Autoritarismus und die Korruptiertheit der heutigen Kremlmachthaber stärke.¹⁹

Erfreulich vor diesem Hintergrund ist eine jüngere Initiative des deutschen Unternehmens Ferrostaal Industrieanlagen zur Modernisierung eines Teils des ukrainischen Gastransportsystems.²⁰ Dieses Projekt wird vom Ostausschuss der deutschen Wirtschaft, der seit einiger Zeit von dem ausgewiesenen Ukraine- und Belarusexperten Rainer Lindner geleitet wird, begleitet. Eine zunächst teilweise und später womöglich sogar vollständige Renovierung des großen ukrainischen Pipeline- und Speichernetzes wäre ggf. kostengünstiger als South Stream. Bei erfolgreicher Umsetzung würde es offenbar Gazproms teure Ostsee- und Schwarzmeerprojekte ökonomisch noch sinnloser machen, als sie es ohnedies schon durch den Rückgang russischer Gasreserven, die weltweite Erschließung von Schiefergasvorkommen, Flüssiggaslieferungen aus Nahost sowie konkurrierende Pipelineprojekte sind. Vor diesem Hintergrund halten einige Beobachter South Stream für einen bloßen Kreml-Bluff, dessen einzige Funktion darin bestehe, weiteren Druck auf die Ukraine auszuüben und Kiew zu veranlassen, wie zuvor schon Minsk, sein sanierungsbedürftiges Pipelinenetz an Gazprom zu übergeben.

Ein zweites vor kurzem vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft mit ähnlicher Stoßrichtung initiiertes Pilotprojekt betrifft die Einsparung von Energie – ein in der Ukraine, einer der größten Energiekonsumenten Europas, ebenfalls hochaktuelles Thema. Die galizische Kleinstadt Schowkwa soll mit Hilfe einer Reihe deutscher Unternehmen in eine „Energieeffiziente Stadt“ umgewandelt und die Sanierung ihrer kommunalen Infrastruktur mittels verschiedener Energiespartetechniken ein Modell für die gesamte Ukraine werden. Dabei soll die Bevölkerung Schowkwas durch Ausstellungen und Informationsveranstaltungen in den Sanierungsprozess einbezogen werden.²¹ Die begrüßenswerten Initiativen des Ost-Ausschusses sind ein Beispiel dafür, wie Deutschland eigene Interessen wahrnehmen und gleichzeitig der Ukraine bei ihrer gesellschaftlichen Modernisierung und Konsolidierung als unabhängiger Staat helfen kann.

Eine neue Osteuropapolitik

¹⁹ Nils Kreimeier: Russlands Opposition klagt Deutschland an. Interview mit Alexej Nawalny, in: Financial Times Deutschland, 2.3.2012.

²⁰ Vladimir Socor: Ukraine Enlists German Effort to Upgrade Gas Transit System Publication, in: Eurasia Daily Monitor, Jg. 9, Nr. 126, 3.7.2012. <http://www.jamestown.org/programs/edm/>.

²¹ Ina Rumiantseva: Ost-Ausschuss initiiert Pilotprojekt in der Ukraine. Die galizische Kleinstadt Schowkwa soll mit deutscher Technik energetisch modernisiert werden, in: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, 7.5.2012. <http://www.ost-ausschuss.de/ost-ausschuss-initiiert-pilotprojekt-der-ukraine>.

Darüber hinaus muss sich die deutsche Sicht auf Osteuropa und Gewichtung unserer Aufmerksamkeit generell ändern. Die Russische Föderation wird im Lichte ihrer geo-, militär- und energiepolitischen Potenz ohnehin im Zentrum der Aufmerksamkeit bleiben. Insofern als deutsches Engagement im Osten auf Verantwortungsgefühl für unsere früheren Verbrechen und der Vision eines demokratisch geeinten Europas beruht, ist unsere bisherige Russlandfixierung allerdings historisch und politisch fragwürdig geworden.²² Dies hat nicht nur mit dem gleichermaßen hohen Leiden der Russen, Ukrainer und Belarussen im Zweiten Weltkrieg zu tun. Schwerwiegender ist die neue gesamtpolitische Situation in Osteuropa als Resultat der Transmutation der russischen Machtstrukturen in ein innenpolitisch autoritäres und außenpolitisch revanchistisches Regime während des vergangenen Jahrzehnts.²³ Über die Grenzen der russischen Scheinföderation hinaus fördert der Kreml antidemokratische Tendenzen im postsowjetischen Raum.²⁴ Wladimir Putin hat mit seiner Ende 2011 verkündeten Formel einer „Eurasischen Union“ die künftigen Ambitionen des Kremls auf dem ehemaligen Territorium der UdSSR zum Ausdruck gebracht.²⁵ Bereits heute gibt es ein Junktim des von Moskau geforderten Eintritts der Ukraine in die existierende russisch-belarussisch-kasachische Zollunion mit einer Neufestlegung der Gaspreise. Sollten sich die verschiedenen osteuropäischen Opfer einstiger deutscher Aggression auch in Zukunft miteinander streiten, wäre eine historische begründete Bevorzugung Russlands in der deutschen Außenpolitik überholt.

Im Lichte der neuen Konstellationen ist vielmehr eine Art „neue Ostpolitik“ Berlins notwendig, welche hohe Aufmerksamkeit für Russland mit nachhaltiger Sorge um „Zwischeneuropa“ – allen voran die Ukraine – kombiniert. Solche Gedanken sind zwar schon geraume Zeit in Berlin zu hören.²⁶ Sie sind bereits vor Jahren angesichts der politischen Regressionen in Russland aktuell geworden und haben in einer Reihe von politischen und analytischen Texten Ausdruck gefunden.²⁷ Teils wird eine entsprechende Neuorientierung gar in Stellungnahmen der involvierten Akteure selbst angemahnt.²⁸ So präsentierte im Februar 2012 eine

²² Andreas Umland: Für eine neue Osteuropa-Politik. Europas Weg nach Moskau führt über Kiew, in: Internationale Politik, Jg. 66, Nr. 4, 2011. S. 86-92.

²³ Margarete Mommsen: Rußland unter Putin. Von der gelenkten zur imitierten Demokratie, in: Osteuropa, Nr. 10, 2005, S. 160-164. Andreas Heinemann-Grüder: Kontrollregime. Russland unter Putin & Medvedev, in: Osteuropa, Nr. 9, 2009, S. 27-48.

²⁴ Thomas Ambrosio, Authoritarian Backlash. Russian Resistance to Democratization in the Former Soviet Union. Farnham, 2009; Antje Kästner: Russland. Begünstigung autoritärer Tendenzen im postsowjetischen Raum, in: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik: Analysen und Stellungnahmen, Nr. 2, 2010. S. 1-4; Julia Bader, Jörn Grävingsholt und Antje Kästner: Would Autocracies Promote Autocracy? A Political Economy Perspective on Regime-type Export in Regional Neighbourhoods, in: Contemporary Politics, Bd. 16, Nr. 1, 2010, S. 81-100.

²⁵ Andreas Umland: The stillborn project of a Eurasian Union. Why Post-Soviet integration has little prospects, in: Valdai International Discussion Club, 7.12.2011. http://valdaiclub.com/near_abroad/35800.html.

²⁶ Jüngst z.B. Susan Stewart: Prämissen hinterfragen. Plädoyer für eine Neugestaltung der deutschen Russlandpolitik, in: SWP-Aktuell, A50, August 2012. http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2012A50_stw.pdf; Stefan Meister: Deutsche Russland-Politik, in: Internationale Politik, Nr. 6, 2012, S. 54-59.

²⁷ Auf die Ukraine bezogen z.B. Wilfried Jilge: Eine verstärkte Unterstützung der Ukraine ist weiter im europäischen Interesse, in: Jahresbericht der Eberhard-Schöck-Stiftung 2007-2008. Baden-Baden, 2009. S. 28-33. http://www.eberhard-schoeck-stiftung.de/fileadmin/user_upload/eberhard-schoeck-stiftung.de/Publikationen/esst_jb0708_v09_72dpi.pdf.

²⁸ Siehe z.B. Walter Steinmeier: Verflechtung und Integration. Eine neue Phase der Ostpolitik der EU. Nicht Abgrenzung, sondern Vernetzung lautet das Gebot der Globalisierung, in: Internationale Politik, Jg.

parteiübergreifende Gruppe osteuropainteressierter Politiker im Gebäude der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik ein gemeinsames Positionspapier zur deutschen Aussenpolitik und der Östlichen Partnerschaft. Darin wird die geostrategische Bedeutung dieser EU-Initiative für deutsche Interessen unterstrichen, die Berufung eines Ostpartnerschaftsbeauftragten angeregt und ausdrücklich eine EU-Mitgliedschaftsperspektive als ergänzendes Instrument zur Nachbarschaftspolitik Brüssels sowie den Assoziierungsabkommen der EU mit solchen Ländern wie der Ukraine, Moldova und Georgien gefordert.²⁹

Inwieweit sich die öffentliche Parteinahme und Interessenszuwächse bei einzelnen engagierten Persönlichkeiten im Zweifelsfall auf die reale Entscheidungsfindung an der politischen Spitze auswirken werden, bleibt jedoch abzuwarten. In den vergangenen Jahren galt trotz aller politischen Regressionen in Moskau und deren lautstarker Verurteilung in deutschen Medien in der praktischen Umsetzung deutscher Aussenpolitik nach wie vor eine Art „Russia First“-Politik.³⁰ Dies ist an den Besuchs- bzw. Empfangsterminplänen der verschiedenen Bundesregierungen sowie vieler regierungsnaher deutscher Organisationen des vergangenen Jahrzehnts unschwer ablesbar. Die erhöhte Aufmerksamkeit für die Ukraine in früheren Perioden, so etwa während und im Gefolge der Orange Revolution Ende 2004, kam derjenigen für Russland nie annähernd auch nur nahe und hatte, wenn überhaupt, nur beschränkte bzw. verspätete Auswirkungen auf die deutsche Außenpolitik.

So beklagte zum Beispiel Wolfgang Schäuble als damaliger stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in einem Artikel vom Januar 2005, unmittelbar nach dem ukrainischen Wahlaufstand, dass sich „bislang die EU in ihren Aussagen über die europäische Perspektive der Ukraine auf mutlose Äquidistanz beschränkt hat.“ Schäuble forderte: „Die EU darf das Land jetzt nicht sich selbst überlassen, sondern muß bereit sein, es eines Tages, wenn Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft realisiert sein werden, in die Strukturen der EU einzubeziehen.“³¹ Nennenswerte Folgen hatten solche Ideen jedoch weder auf die deutsche, noch auf die europäische Ukrainepolitik.

Stattdessen wurde kurz darauf im Februar 2005 von der Ukraine und EU ein sog. „Aktionsplan“ angenommen, dessen wesentlicher Inhalt bereits im Vorjahr – also noch *vor* dem endgültigen Erfolg der Orange Revolution Ende 2004 – von der EU abegesenet worden war. Der Titel des Dokuments „Aktionsplan“ markiert die Augenwischerei der involvierten Diplomaten um die europäische Integration der Ukraine. Die Annahme eines Dokuments, das noch während der Präsidentschaft des Halbautokraten Leonid Kutschmas im Januar-Dezember 2004 erarbeitet worden war, jedoch dann als Reaktion auf eine der größten Massenaktionen zivilen Ungehorsams in der Geschichte Europas erschien, illustrierte die Unfähigkeit der europäischen Politik adäquat auf historische Herausforderungen zu reagieren.

62, H. 3, 2007. S. 6-11; Ralf Fücks: Neighbors Without Fences. The way forward to European Integration, not spheres of influence, in: IP Global Edition, Jg. 11, Nr. 5, 2010. S. 7-12.

²⁹ Markus Meckel, Georg Milbradt, Friedbert Pflüger, Christian Schwarz-Schilling, Rainer Steenblock, Rita Süßmuth, Günter Verheugen, Karsten D. Voigt: Deutsche Außenpolitik und Östliche Partnerschaft. Positionspapier der Expertengruppe Östliche Partnerschaft. Hrsg. von Irene Hahn und Gereon Schuch. DGAPStandpunkt, Nr. 1, 2012.

³⁰ Iris Kempe: From a European Neighborhood Policy toward a New *Ostpolitik*. The Potential Impact of German Policy. CAP Policy Analysis, Nr. 3, 2006.

³¹ Wolfgang Schäuble: Die europäische Integration voranbringen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.1.2005.

Zwar hat die EU ab 2007 insofern - wenn auch mit Verspätung - adäquat reagiert, als sie mit der Ukraine ein weitreichendes Assoziierungsabkommen ausgearbeitet hat: Der 2012 paraphierte Vertragsentwurf, der eine politische Assoziation sowie besonders weitgehenden Freihandel vorsieht, wäre das größte Abkommen, das die EU je mit einem Nichtmitgliedslad abgeschlossen hätte. Eine offizielle EU-Mitgliedschaftsperspektive für die Ukraine gibt es aber bis heute nicht, und Deutschland trägt einen Teil der Verantwortung hierfür. Dieses Versäumnis hängt sowohl mit dem Unwillen der EU-Bürokratie als auch der Skepsis der europäischen Eliten bezüglich einer EU-Mitgliedschaft der Ukraine zusammen. Diese eher emotionalen bzw. psychologischen Faktoren sind zwar in Anbetracht der frustrierenden Funktionsweise ukrainischer Innenpolitik und des erratischen Verhaltens der ukrainischen Führung auf der internationalen Bühne verständlich.

Jedoch hat die politikwissenschaftliche Europaforschung inzwischen ausführlich die Bedeutung einer expliziten EU-Beitrittsoption für eine erfolgreiche Umwandlung postkommunistischer Transformationsstaaten nachgewiesen.³² Zudem ist kürzlich mit der Türkei als EU-Beitrittskandidaten mit unklarer Zukunft ein Präzedenzfall geschaffen worden, bei dem der bis dahin herrschende Automatismus zwischen Mitgliedschaftsoption, ja Kandidatenstatus und einer darauffolgenden Aufnahme in die Union aufgehoben ist. Vor diesem Hintergrund erscheint weniger eine bewußte kollektive Entscheidung, als schlichte Unaufmerksamkeit bezüglich der Ukraine und ihrer geopolitischen Bedeutung sowie die fortgesetzte Dominanz Russlands im Osteuropabild der politischen Entscheidungsträger als Hauptgründe für die verschiedenen Unterlassungen in der deutschen Ukrainepolitik. Trotz Schäubles und ähnlicher Aufwallungen auch in anderen politischen Lagern hat sich an den grundsätzlichen Foki der deutschen Ostpolitik und ihrer Fixierung auf Moskau seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion wenig geändert. Und dies, obwohl die geo- und innenpolitischen Verhältnisse in Osteuropa heute andere sind als 1991 und die öffentliche Meinung zu Russland sich wandelt.

Der Eichstätter Zeithistoriker Leonid Luks wies 2000 in seiner *Geschichte Russlands und der Sowjetunion* darauf hin, dass sich die Annäherungen Deutschlands an die UdSSR unter Stresemann in den 1920ern und Brandt-Scheel in den 1970ern zwar in gewisser Hinsicht ähnelten. Sie unterschieden sich jedoch u.a. dadurch, dass Stresemann sich seinerzeit auf Moskau konzentrierte, während Brandt und Scheel bewusst eine gleichzeitige Aussöhnung mit Polen betrieben.³³ Ein ähnliche Parallelstrategie ist heute von Nöten: die Bundesrepublik muss im Zusammenspiel mit den europäischen Partnern stärker als bislang die Konsolidierung der ukrainischen Staatlichkeit unterstützen. Jedoch darf sie mit solcher Aktivität den Kreml nicht zu sehr brüskieren und muss auch mit Moskau so intensiv es geht zusammenarbeiten.

Dieser Drahtseilakt wird nicht immer gelingen sowie womöglich eine mehr oder minder starke Entfremdung zwischen Berlin und Moskau nach sich ziehen. Das wäre bedauerenswert. Jedoch

³² Z.B. Milada Anna Vachudova: *Europe Undivided. Democracy, Leverage, and Integration after Communism.* Oxford, 2005. Zur ukrainischen Situation z.B. Iryna Solonenko: *The EU's "Transformative Power" towards the Eastern Neighbourhood. The Case of Ukraine.* SPES Policy Papers, August 2010. http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09_Publikationen/SPES_Policy_Papers/The_EU_s__transformative_power__towards_the_Eastern_neighbourhood-_the_case_of_Ukraine_Iryna_Solonenko.pdf.

³³ Leonid Luks: *Geschichte Russlands und der Sowjetunion. Von Lenin zu Putin.* Regensburg, 2000. S. 243.

trägt die derzeitige russische Führung letztlich die Hauptschuld an solchen Komplikationen. Würde Russland seinen – angesichts der großen inneren Probleme ohnehin dubiosen – Großmachtanspruch und sinnlosen Wettstreit mit dem Westen um die ehemaligen Sowjetrepubliken aufgeben, gäbe es das aufgezeigte Dilemma für Deutschland und die EU nicht. Für ein proeuropäisches Russland wäre eine westlich orientierte Ukraine kein Dorn im Auge, sondern Brücke zum Bündnispartner. Die Kiewer Elite selbst wäre weniger antirussisch, ja womöglich an engerer Zusammenarbeit mit Moskau interessiert, wäre dieses europa- und amerikafreundlicher. Würde nicht nur die Ukraine, sondern auch Russland eine politische Assoziation und vertieften Freihandel mit der EU anstreben, wie im paraphierten EU-Ukraine Assoziierungsvertrag vorgesehen, gäbe es das Gros der Streitfragen zwischen den Brüdervölkern und die damit verbundenen Hypotheken für die deutsch-russischen und anderen Beziehungen Russlands zu westlichen Staaten nicht.

Bislang reduziert Moskau jedoch für die Ukraine die Frage nach deren künftigem Integrationsmodell auf einen Entweder-oder-Konflikt und trägt den Streit um Preise sowie Transportwege für Erdgas mit harten Bandagen aus. Mit dem Projekt der Eurasischen Union, deren Hauptzweck - nach Fyodor Lukyanov - die Integration Russlands mit der Ukraine ist,³⁴ hat dieses Bestreben nun auch einen konkreten institutionellen Ausdruck gefunden. Daher werden sich die derzeitigen diplomatischen Scharmützel fortsetzen als auch künftige weitergehende Konfrontationen zwischen der Ukraine und Russland unausweichlich bleiben. Deutschland sollte sich genauer als bisher überlegen, welche Position es bezüglich dieser Auseinandersetzungen einnehmen soll.

Die verschiedenen ukrainischen Regierungsmannschaften der letzten 20 Jahre machten aus teils unterschiedlichen Gründen freilich eine stärkere deutsche Parteinahme für die Ukraine nicht einfach. So wurde etwa 2002 von der damaligen Kutschma-Administration leichtfertig die Chance vertan, ein gemeinsames ukrainisch-deutsch-russisches Konsortium zum Betrieb und zur Modernisierung des ukrainischen Pipelinenetzes zu bilden.³⁵ In der Periode 2005-2010 waren – neben anderen Faktoren – die sich verschärfenden Machtkämpfe zwischen Präsidialamt und Regierung ein Hindernis für effektivere deutsch-ukrainische Kooperation. Seit dem Amtsantritt von Präsident Janukowytsch im Februar 2010 ist die zunehmende Untergrabung der ohnedies nur schwach ausgeprägten demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen und Mechanismen zum Hauptproblem der Beziehungen der Ukraine zum gesamten Westen geworden. Die jüngste ukrainische Regression lähmt seit Monaten die politischen sowie wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Ukraine und dem Westen und verhindert die Unterzeichnung des paraphierten Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und EU.

Zum einen ist jedoch das Ausmaß der gegenwärtigen ukrainischen autoritären Tendenzen immer noch geringer als das der meisten anderen postsowjetischen Staaten. Zum anderen war die ukrainische politische Geschichte der letzten 20 Jahre wechselreicher als etwa diejenige Russlands oder Belarus'. Sie schloss sowohl demokratische als auch regressive Wellen ein und lässt vermuten, dass das Pendel sich bald wieder in die andere Richtung bewegen könnte. Eine

³⁴ Fyodor Lukyanov: The Eurasian Misconception, in: Valdai International Discussion Club, 30.8.2012 <http://valdaiclub.com/europe/48300.html>

³⁵ Persönliche Kommunikation mit Botschafter a.D. Dietmar Stüdemann, Berlin, 3.7.2012. Siehe auch Pepe: Die Gasversorgung Europas. S. 111.

Destabilisierung von Janukowytschs Semiautoritarismus erscheint nur eine Frage der Zeit zu sein.

Wilfried Jilge ist in seiner Mahnung zuzustimmen, dass der Ball heute auf der Spielhälfte der Ukraine liegt und der europäische „Integrationsprozess erheblich an Dynamik gewinnen würde, wenn die Ukraine das Assoziierungsabkommen in seiner politischen Dimension verstehen und umfassend nutzen würde“.³⁶ Andererseits gibt es nach Jahren nur wenig wachsender Aufmerksamkeit Brüssels und Berlins für die Ukraine inzwischen ein Chicken/Egg-Problem in der Bewertung der EU-Tauglichkeit der Ukraine: Ist die jüngste politische Regression in Kiew der Grund oder aber ein Resultat für die nur stockende Annäherung an Brüssel? Insbesondere die bis heute fehlenden EU-Mitgliedschaftsperspektive war und ist offenbar ein Faktor, der Fortschritte in der Ukraine schwierig macht, wie die Entwicklung derjenigen mittelosteuropäischen Länder illustriert, die der Ukraine vergleichbar sind und eine solche Perspektive frühzeitig erhielten.

Darüber hinaus ist im Lichte der Erfahrungen der vergangenen 20 Jahre offen, wie flexibel sich z.B. Deutschland oder auch andere einflussreiche EU-Mitgliedsstaaten, wie Frankreich oder Italien, in der Realität zeigen würden, sollte sich tatsächlich - wie 2005 nach der Orange Revolution - die Chance für eine neue substantielle Annäherung der Ukraine an den Westen eröffnen. Könnte diese Staaten doch schon unter den jetzigen politischen Verhältnissen in der Ukraine in einigen Bereichen - so bezüglich des Transports und der effizienteren Nutzung von Energie - intensiver als bislang mit Kiew zusammenarbeiten. Die teuren Unterwassergasleitungen Russlands könnten bereits heute als das behandelt werden, was sie sind: nämlich eher geostrategisch und auf die Schwächung der ukrainischen Verhandlungsposition zielende, als ökonomisch motivierte Kreml-Projekte. Eine darauf basierende Neubewertung der deutschen Interessenlage in Osteuropa und anschließende Reorientierung Berliner Außenpolitik wäre – unabhängig von der aktuellen innenpolitischen Entwicklung der Ukraine – bereits heute möglich. Solch ein deutscher Schritt würde nicht nur bei der politischen Führungsriege in Kiew, sondern vor allem auch in der ukrainischen Öffentlichkeit Erleichterung hervorrufen.

Eine stärkere Kiewer Perzeption Deutschlands als Freund der Ukraine und Partner bei der Konsolidierung des ukrainischen Staates würde deutsche Einflussnahme auf die politischen Prozesse in Kiew erleichtern. Je mehr der Westen insgesamt in Kiew als ukraineeinteressiert und -freundlich erscheint, desto mehr Gewicht hätte seine Forderung nach einer Annäherung an europäische Nachkriegsstandards. Das in Kiew immer wieder von Skeptikern oder Gegnern einer ukrainischen EU-Annäherung vorgebrachte Standardargument gegen Kiews Orientierung auf Brüssel lautet, dass das Verhalten des Westens gegenüber der Ukraine in den vergangenen Jahren von Desinteresse, Verhaltenheit oder Kälte geprägt war. Obwohl der Hauptgrund hierfür beim Gebaren Kiews selbst liegt, ist unleugbar, dass westliches Engagement für ukrainische Belange sich in den letzten 20 Jahren meist auf der rhetorischen Ebene bewegte bzw. sich auf bestimmte Formen von Entwicklungshilfe beschränkte und einschneidende, reale Schritte vermissen sowie keine durchdachte langfristige Strategie erkennen ließ.

³⁶ Persönliche Kommunikation mit Wilfried Jilge, Universität Leipzig, 30.7.2012.

Ein neuer Ansatz der EU könnte z.B. darin bestehen, die bisherige Verweigerung der Unterzeichnung des bereits paraphierten Assoziierungsabkommens mit der Ukraine zu überdenken. Anstatt der bisherigen Bindung der Unterschriftsleistung an eine umfassende ukrainische Redemokratisierung könnte die von dem prominenten Londoner Ukrainisten und Politologen Andrew Wilson Ende 2011 mit der Formel „Sign and Sanction“ angedeutete Strategie verfolgt werden.³⁷ Die EU würde das Assoziierungsabkommen bei passender Gelegenheit unterzeichnen, jedoch die Ratifizierung mit eindeutigen Bedingungen verknüpfen und gleichzeitig gezielte Einzelsanktionen verhängen. So könnte Brüssel z.B. die in dubiose politische und juristische Aktionen verwickelten ukrainischen Beamten, Richter, Politiker usw. mit Visaverboten und anderen Benachteiligungen in den EU-Mitgliedsstaaten belegen.

Ein weiteres Aktionsfeld wäre die forcierte Liberalisierung und schließliche Abschaffung von Visa für die Bewohner der Ukraine und anderen Ostpartnerschaftsländer. Fraglos liegt wiederum der Hauptgrund dafür, dass die östlichen Partnerländer der EU bislang keine Visafreiheit haben, bei Unterlassungen dieser Länder selbst. Wie jedoch der jüngste gemeinsame Appell neun führender europäischer und türkischer Wirtschaftsverbände zur Visaliberalisierung mit den genannten Ländern (sowie Russland und der Türkei) illustriert, gibt es auch auf Seiten der EU und ihrer Mitgliedsstaaten bremsende Regelungen, Stereotypen und Ansätze, die einer Revision bedürfen.³⁸

Alles in allem sind unbegründete Skepsis, historische Vorurteile und bürokratische Trägheit seitens der EU und ihrer Mitgliedsstaaten ohnehin nur sekundäre Bestimmungsfaktoren für die stockende Integration Osteuropas und insbesondere der Ukraine. Hauptgrund für die bisher mangelhafte westliche, darunter auch deutsche Diskussion um solche und ähnliche alternative Ansätze in der Ostpolitik der EU ist der niedrige Stellenwert, den die Ukraine im öffentlichen Diskurs der Mitgliedsstaaten der EU – nicht zuletzt in Deutschland – einnimmt. Dabei ist offensichtlich, dass die Ukraine für die EU nicht nur eine regionale, sondern geostrategische Bedeutung hat. Ein vom Westen unterstützter, neuer Demokratisierungsschub in Kiew würde auf die anderen ehemaligen Sowjetrepubliken ausstrahlen.³⁹

Im Lichte der Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im gesamten postsowjetischen Raum wäre ein stärkeres politisches sowie ökonomisches – und nicht nur diplomatisches bzw. kulturelles – Engagement Deutschlands bezüglich der Mitgliedsstaaten der EU-Ostpartnerschaft und insbesondere der Ukraine eine sinnvolle Investition. Die notwendigen politischen

³⁷ Andrew Wilson: Ukraine under Yanukovych. The wrong man at the wrong time - building an authoritarian state after the “Arab Spring”: Foreign policy balancing after “Ukraine fatigue”. Vortrag zur Eröffnung des 17. Ukrainicums der Ernst-Moritz-Arndt Universität am Krupp-Wissenschaftskolleg Greifswald, 6.7.2012. Siehe auch Andrew Wilson: Was the Summit Successful? Sanctions Should Start as EU Talks Continue, in: Kyiv Post, 22.12.2011. <http://www.kyivpost.com/opinion/op-ed/was-summit-successful-sanctions-should-start-as-eu.html>.

³⁸ Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, MEDEF International, Confederation of Finish Industries EK, Confederation of Danish Industry, Confindustria, PKPP Lewiatan, Confederation of Employers and Industries of Spain, Turkish Industry and Business Association TÜSIAD, Confederation of Industry of the Czech Republic: Wachstum über bestehende Grenzen hinaus. Gemeinsamer Appell zur Visaliberalisierung mit Russland, der Türkei und Osteuropa. 25.7.2012. http://www.ost-ausschuss.de/sites/default/files/pm_pdf/Visa-Appell-deutsch.pdf.

³⁹ Andreas Umland: Four Political Dimensions of Ukraine’s Future Europeanization, in: Harvard International Review, 28.6.2011. <http://hir.harvard.edu/four-political-dimensions-of-ukraine-s-future-europeanization>.

Voraussetzungen für einen Erfolg solcher Initiativen sind bislang in keinem der Ostpartnerschaftsländer ideal bzw. in Belarus und Aserbajdschan weitgehend abwesend. Allerdings kann denjenigen Staaten, die dies – so etwa die Ukraine – wollen, bereits heute Unterstützung bei der Sicherung ihrer Souveränität gegenüber russischen Hegemonialansprüchen sowie bei der Modernisierung ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen gewährt werden.

Wilson's „Sign and Sanction“-Strategie, die von den Wirtschaftsverbänden geforderte Beschleunigung der Visaliberalisierung oder die beschriebenen Pilotprojekte des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft im Energiebereich weisen mögliche Wege. Allerdings ist bislang weder klar, ob diese Projekte tatsächlich umgesetzt werden, noch erkennbar, dass es eine Gesamtstrategie gibt. Einzelaktionen hatte es bereits in der Vergangenheit etliche gegeben. Werden solche und ähnliche Vorhaben zu einem substantiellen Schwenk in der deutschen und europäischen Ostpolitik und nachhaltigen Schub in den Beziehungen Brüssels und Berlins zu Kiew führen? Angesichts der fortgesetzten Marginalität der Ukraine auf der mentalen Karte der europäischen – nicht zuletzt der deutschen – Eliten, bleibt diese Frage offen.